

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Michael Müller MdB beurteilt die Friedensbewegung als eine Kraft, die aus dem gesellschaftlichen Umdenken erwuchs: Keine Modeerscheinung.
Seite 1

Hans-Ulrich Klose MdB erinnert an die Zweckbestimmung des westlichen Bündnisses: NATO - Ja, aber ...
Seite 3

Rudolf Hartung, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, befaßt sich mit der Arbeitsdienstforderung der CDU: Zynisch.
Seite 4

Dr. Dietrich Sperling MdB macht Anmerkungen zur Einstellung von Verkehrsminister Dollinger zu der Zahl der Verkehrstoten: Makabre Logik.
Seite 5

38. Jahrgang / 205

25. Oktober 1983

Keine modische Erscheinung

Die Friedensbewegung ist Ausdruck eines umfassenden Umdenkens in der Gesellschaft

Von Michael Müller MdB

Die Stärke der Friedensbewegung und der vielfältigen, phantasievollen Aktionsformen sind keine modische Zeiterscheinung. Der Wandel in der politischen Kultur ist vielmehr ein Ergebnis grundlegender Einstellungs- und Verhaltensänderungen, die sich aus der gewachsenen Fragwürdigkeit des gesellschaftlichen Entwicklungsmodells ergeben. Ohne zum Beispiel die Auseinandersetzungen über die Nutzung der Atom-Energie und des geschärften Bewußtseins für die Umweltprobleme wäre die Friedensbewegung in ihrer heutigen Stärke und mit ihrem Verständnis von politisch-kulturellen Aktionsformen nicht möglich gewesen, denn alle diese Aktivitäten haben ein zentrales Grundmotiv: Die Ablehnung des Prinzips einer ständigen Selbstaushöhlung als Motor der gesellschaftlichen Entwicklung bei der vorhandenen Macht- und Interessenausrichtung.

Diese Kritik gilt gleichermaßen der Zerstörung von Umweltgütern wie der Bürokratisierung der Lebenswelt, der Unterdrückung sozialer und kreativer Fähigkeiten und nicht zuletzt der ständigen Aufrüstung als sinnfälligstem Beispiel einer fragwürdigen Rationalität. In der letzten Zeit hat sich diese Kritik und Bereitschaft zum Umdenken auch auf die Bereiche der Arbeit erweitert, weil erkannt wird, daß ohne eine grundlegende Veränderung der Inhalte und der Verteilung der Arbeit weder die Beschäftigungsproblematik bewältigt noch eine sinnerfüllte Arbeit gesichert werden kann.



Deshalb würde auch jeder Versuch scheitern, die Friedensbewegung parteipolitisch-taktisch zu vereinnahmen. Genauso falsch wäre es, die Friedensbewegung als pazifistische Bewegung einzuschätzen, auch wenn es pazifistische Momente in ihr gibt. Denn im Kern geht es durchgängig um die Erkenntnis, daß eine Kantverlängerung des politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsmodells keine Zukunft hat und die Lebensgrundlagen der Menschen gefährdet. Das heißt, es wird erkannt, daß scheinbar rationale Einzelentscheidungen in ihrer Gesamtwirkung irrational zu werden drohen.

Deshalb ist die Haltung der Bundesregierung geradezu töricht, die Bedeutung und das Anliegen der Friedensbewegung krampfhaft zu relativieren und sie als einseitig zu diskriminieren. Wer sich nicht der Tragweite der Veränderung bewußt wird und sich nicht ernsthaft mit den Ursachen der Einstellungs- und Verhaltensänderungen der Bevölkerung auseinandersetzt, wird schnell ins politische Abseits geraten. Am 22. Oktober haben nicht nur mehr als eine Million Menschen demonstriert, sondern es wurde damit auch die Forderung nach einer neuen Qualität von Politik erhoben.

Leider aber haben auch Frau Kelly und Herr Beckmann von den Grünen mit ihrer politischen Selbstgerechtigkeit gegen Willy Brandt und die SPD eine parteipolitische Nabelschau betrieben. Gerade weil das Motiv des Engagements gesellschaftspolitisch umfassend ist, wird durch eine solche politische Taktik politisches Umdenken erschwert. Die Ernsthaftigkeit der Friedensbewegung hat ein solches Kirchturmdenken nicht verdient.

(-/25.10.1983/ks/rs)

+ + +



NATO: Ja, aber ...
-----Das Bündnis erfüllt seinen Zweck nur, wenn es die Lebensinteressen aller
Partner berücksichtigt

Von Hans-Ulrich Klose MdB

Die Bundesrepublik Deutschland ist Mitglied der NATO - und sollte es bleiben. Allerdings gilt dies nicht auf ewig und bedingungslos. Denn die NATO ist kein Ziel an sich, sondern Mittel zum Zweck der Friedenssicherung. Es muß erlaubt sein, von Zeit zu Zeit zu fragen und ernstlich zu prüfen, ob das Mittel seinen vorgegebenen Zweck noch erfüllt.

Da sind - gegenwärtig - Zweifel durchaus erlaubt. Zum einen, weil amerikanische Globalpolitik, die immer auch imperiale Ziele verfolgt, den defensiven Charakter des Bündnisses überlagert. Dem entsprechen die zunehmend offensive Rüstung des Bündnisses (Pershing II steht dafür als Beispiel) und die Entwicklung offensiver (Kriegsführungs-) Strategien (Airland-Battle). Zum anderen entfernen sich die Bündnispartner, allen voran die USA, immer offensichtlicher von dem durch einstimmigen Beschluß festgelegten Ziel, den Frieden nicht nur militärisch, sondern auch politisch - durch einen Prozeß der Entspannung - zu sichern, womit sie ihrerseits das Bündnis in Frage stellen.

Dennoch plädiere ich für den Verbleib in der NATO. Zum einen, weil ich keinen Illusionen über den Charakter sowjetischer Politik nachhänge. Auch die Sowjetunion ist eine imperiale Macht mit der Tendenz (und dem Willen) zur Machterweiterung. Dies zu übersehen wäre leichtfertig.

Zum anderen: Im Zeitalter atomarer Massenvernichtungswaffen gibt es keine Inseln der Sicherheit, auf die wir uns zurückziehen könnten. Sicherheit ist, wenn überhaupt, nur noch kollektiv zu gewährleisten, im Bündnis und mit den Bündnissen. Die Existenz bündnisfreier (neutraler) Staaten in Europa (Schweden, Österreich, Schweiz) spricht nicht dagegen, denn deren Sicherheit ist letztlich auch abhängig von amerikanischer Präsenz in Europa. Im übrigen ist die Situation der Bundesrepublik Deutschland mit diesen Ländern nicht zu vergleichen. Wir befinden uns geographisch, historisch und ideologisch im Zentrum des Ost-West-Konfliktes und können vor dieser Lage weder die Augen verschließen noch uns aus dieser Lage entfernen.

Nein, wir sollten/müssen im Bündnis bleiben, solange es uns nicht gelingt, andere, zum Beispiel gesamteuropäische Systeme kollektiver Sicherheit aufzubauen. Bis dahin sind wir an die USA gebunden, so wie die DDR an die Sowjetunion gebunden ist.

Bindung heißt aber nicht Unterwerfung. Zugegeben: Die USA sind die westliche Führungsmacht. Diese Macht dominiert allein durch das faktische militärische und ökonomische Gewicht, das sie einbringt. Das schließt aber nicht aus, sondern macht es ganz im Gegenteil dringlich notwendig, daß Europa seine eigenen besonderen Sicherheitsinteressen präzisiert und vertritt.

Das gilt vor allem für die Bundesrepublik Deutschland, die nicht zur Abschußrampe für weitreichende amerikanische Nuklearsysteme und damit zwangsläufig zum erstrangigen militärischen Ziel für sowjetische Präventiv- oder Zweitschläge werden darf. Hier ist Mitsprache und Auseinandersetzung im Bündnis erforderlich, ja lebensnotwendig. Das Bündnis erfüllt seinen Zweck nur, wenn es die Lebensinteressen aller Bündnispartner berücksichtigt. Ein Bündnis zu Lasten Europas, zu Lasten der Bundesrepublik hätte keine Zukunft.
(-/25.10.1983/ks/rs)

+ + +



Zynisch

Der Lehrstellen-"Garantie" folgte der Ruf nach der "Arbeitspflicht"

Von Rudolf Hartung

Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

Die Zukunftskommission Jugend der CDU hat getagt. Was als Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit angeboten wird, ist alles andere als ermutigend. Als Maßnahme ist den Kommissionären um CDU-Generalsekretär Heiner Geißler die Arbeitspflicht für Arbeitslose bis zu 28 Jahren eingefallen.

So ganz neu ist der Vorschlag nicht, wenn man an den Arbeitsdienst in den dreißiger Jahren denkt. Aber Heiner Geißler ist für sein Geschichtsbewußtsein bekannt.

Man muß nach einem Jahr Kohl-Regierung daran erinnern, wozu sich der CDU-Generalsekretär bei seiner Vereidigung zum Bundesjugendminister im bezahlten Nebenamt verpflichtet hat.

Die Zahl junger Arbeitsloser hat einen schlimmen Aufschwung erlebt. Den 600.000 Jugendlichen unter 25 Jahren, die 1983 arbeitslos sind, bietet die schwarz-gelbe Koalition keine Zukunft, nur Zukunftspapier. Den Unternehmern wird nach dem Munde geredet, belastet werden die Leute mit dem kleinen Geldbeutel.

Das Papier der Geißler-Kommission ist die Bankrotterklärung der CDU in Sachen Zukunftssicherung der jungen Generation. Wen wundert es, daß nach einer Untersuchung des gewiß nicht SPD-nahen Emnid-Instituts inzwischen eine deutliche Mehrheit der wahlberechtigten Bundesbürger die Regierung Kohl eher negativ einschätzen.

Man kann nicht ungestraft leichtfertig Lehrstellengarantien abgeben und dann zynisch versuchen, die arbeitslosen Jugendlichen mit Zukunftspapieren abzuspelsen.

Lügen haben kurze Beine - sagt der Volksmund. Die Kohl-Regierung hat ihr Mandat nur auf Zeit.
(-/25.10.1983/ks/rs)

+ + +



Makabre Logik

Herr Minister Dollinger und sein Umgang mit der Zahl der Verkehrstoten

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

An dem Tag, an dem das Statistische Bundesamt mitteilte, daß die Anzahl der Verkehrsoffer wieder eine steigende Tendenz aufweist, hat Bundesverkehrsminister Dollinger ein Interview gegeben, in dem er erklärte, daß sich die Sicherheit im Straßenverkehr verbessert habe.

Begründet hat er dies nicht damit, daß weniger Menschen täglich im Straßenverkehr ums Leben kommen und weniger verletzt werden, sondern damit, daß die Zahl der Autos sehr viel stärker gestiegen sei als die der Verkehrstoten. Eine merkwürdige Logik:

Sie suggeriert, daß es "eigentlich" viel mehr Verkehrstote hätten sein "müssen" und feiert als Erfolg, daß es nicht so viele sind, wie es einmal waren und es noch wären, hätten die Verkehrsminister der letzten 15 Jahre die gleiche Verkehrspolitik getrieben wie die Verkehrsminister der 15 Jahre davor.

Die Logik von Dollinger ist makaber: "Relative" Erfolge seiner von ihm bekämpften Amtsvorgänger benutzt er als Argument dafür, in der Verkehrssicherheit keine großen Anstrengungen mehr unternehmen zu müssen.

Schlimmer noch: Er benutzt seine merkwürdige Logik als Argument für den Bau neuer Autobahnen - den relativ sichersten Straßen.

Wenn man dieser Fortschreibungslogik folgen würde, müßte man alle Straßen möglichst autobahnähnlich ausbauen und alle anderen Verkehrsteilnehmer (außer dem Auto) von ihnen verbannen.

Diese Logik führt in die Irre, auch wenn sie der Minister mit treuem Blick vertritt. Bei nach wie vor knapp 12.000 Verkehrstoten jährlich dürfen keine politischen Beruhigungsspillen ausgegeben werden. 12.000 Verkehrstote dürfen und können wir uns nicht leisten.

Mehr Verkehrssicherheit muß ein Hauptziel der Verkehrspolitik bleiben. Bei einem Jahr "Wende" muß man leider sagen: wieder werden.

(-/25.10.1983/ks/rs)

+ + +

